



uni-info

HERAUSGEBER: PRESSE- UND INFORMATIONSTELLE DER UNIVERSITÄT OLDENBURG · 29 OLDENBURG · POSTFACH 943 · TEL.: 5 10 64 · REDAKTION: GERHARD HARMS (VERANTWORTLICH), KARIN WOLF, JAN KOCHANOWSKI · MIT NAMEN GEZEICHNETE ARTIKEL GEBEN DIE PERSÖNLICHE MEINUNG DES VERFASSERS WIEDER · NACHDRUCK - AUCH NUR AUSZUGSWEISE - NUR BEI QUELLENANGABE UND NACH RÜCKSPRACHE MIT DER REDAKTION (DER GRÜNDUNGS-AUSSCHUSS, DAS KONZIL UND DER SENAT HABEN EINSTIMMIG BESCHLOSSEN, DASS DIE UNIVERSITÄT DEN NAMEN CARL-VON-OSSIETZKY-UNIVERSITÄT FÜHRT).

5. Februar
5/76

Empfehlungen des Wissenschaftsrats

Neuer Studiengang Pharmazie? – Kritik am Modellversuch ELAB

In den in dieser Woche veröffentlichten Empfehlungen zum 6. Rahmenplan für den Hochschulbau hat sich der Wissenschaftsrat, der Anfang Dezember unter Leitung seines Vorsitzenden, Professor Dr. Heidhues, die Universität Oldenburg besuchte, für den Ausbau der Hochschule in dem von der Landesregierung gesetzten Rahmen ausgesprochen. Der Schwerpunkt des Ausbaus soll dabei im Bereich der Naturwissenschaften liegen, die, so der Wissenschaftsrat, um den Studiengang Pharmazie ergänzt werden sollten.

Für problematisch hält der Wissenschaftsrat die einphasige Lehrerausbildung in Oldenburg und Osnabrück. Zu den Schwierigkeiten dieser Ausbildung zählt nach Ansicht des Rates die Frage, ob in Zukunft noch eine hinreichende Zahl von Plätzen für die praktische Ausbildung bereitgestellt werden kann. Es stelle sich auch die Frage, wieweit eine einphasige Lehrerausbildung einen Beitrag zu der - aufgrund veränderter Beschäftigungsmöglichkeiten - notwendigen Flexibilität und breiteren Einsetzbarkeit der Bewerber leisten könne.

Den Wortlaut der Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum 6. Rahmenplan wird die Pressestelle in der nächsten Woche veröffentlichen (STUDIUM LEHRE · FORSCHUNG 3/76).

Die Erweiterung um den Studiengang Pharmazie, der nach Vorstellungen der Landesregierung 550 Studenten Platz bieten soll, kann nach Ansicht des Wissenschaftsrates erst in einer späteren Phase erfolgen. Grund: Zunächst müßten in den anderen Fachrichtungen (Physik, Chemie, Biologie) mehr Studienplätze geschaffen und die apparative Ausstattung erheblich verbessert werden, die - so der Wissenschaftsrat wörtlich - "unter Forschungsgesichtspunkten schlechterdings unzureichend ist". Anerkennend stellte der Wissenschaftsrat dazu fest, daß die Universität versuche, ihre Raum- und Geräteausstattung durch Wahl interdisziplinärer und wenig aufwendiger Forschungsgegenstände zu kompensieren. Ein solches Vorgehen verzögere aber notwendigerweise die Bildung von Schwerpunkten, deren Qualität sich am interna-

tionalen Standard orientieren könne. Unter den Gesichtspunkten wachsender Anforderungen in der Ausbildung und im Hinblick darauf, daß eine für Forschungsvorhaben notwendige bauliche und apparative Ausstattung rasch benötigt werde, empfehle das die Bundesregierung beratende Gremium deshalb, bei weiteren Ausbauplanungen Schwerpunkte zu bilden und sicherzustellen, daß in einzelnen Fachrichtungen vollständige Betriebseinheiten entstünden. Dabei müsse die Besetzung der Stellen für das wissenschaftliche und technische Personal mit dem räumlichen Ausbau Schritt halten.

Im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften hält der Wissenschaftsrat nachdrücklich die Entwicklung eines Studienangebotes außerhalb der Lehrerbildung für notwendig. Ansätze hierfür seien zwar vorhanden, es müßte jedoch noch ein erhebliches Maß an Detailarbeit in der Studiengangsplanung geleistet werden. Die bisher entwickelten Vorstellungen zeichneten sich durchweg durch ein beträchtliches gesellschaftliches Engagement aus, hätten allerdings in der Konkretisierung der fachlichen Anforderungen noch nicht den notwendigen Stand erreicht. Keine konkrete Stellungnahme mochte dagegen der Wissenschaftsrat zu den geplanten Kurzzeitstudiengängen abgeben. Angesichts der Tatsache, daß die Fachhochschule laut NHG-Entwurf eine eigene Einrichtung bleibt und gegenwärtig noch keine Planvorstellungen über den Inhalt der dreijährigen Studiengänge sowie über Form und Ausmaß einer Integration entwickelt worden ist, kann nach Ansicht des Gremiums nicht beurteilt werden, wieweit es gelingen kann, die notwendige Dif-

ferenzierung nach Studiengängen innerhalb der Universität durchzuhalten. Zu dem von der Universität ins Auge gefaßten Grunderwerb und zu den Baumaßnahmen stellte sich der Wissenschaftsrat durchweg positiv. Unter diesem Punkt wird u.a. auch der Ankauf von Grundstücken und Gebäuden der Landwirtschaftskammer (Milchwirtschaft und der Postgewerkschaft unterstützt.

Nachdrücklich sprach sich das Gremium auch für den geplanten Ausbau der Sportanlagen aus, der ein Volumen von 12 Millionen Mark umfaßt.

In einer Stellungnahme zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrates, die Grundlage für die Mitfinanzierung des Ausbaues der Hochschule durch den Bund sind, erklärte der Rektor der Universität, der Wissenschaftsrat habe offensichtlich eingesehen, daß die Gründung der Universität sinnvoll gewesen sei. Dies gelte insbesondere in Hinblick auf die Komplettierung außerhalb des Bereichs der Lehrerausbildung und auf die baulichen Maßnahmen. Als Schützenhilfe verstehe er die Kritik, die Ausstattung der Universität ermögliche keine hinreichende Forschungsarbeit. Diese deutliche Aussage müsse die Landesregierung endlich dazu bewegen, den langjährigen Forderungen der Universität nachzugeben.gh

Promotionsordnung

Abgelehnt hat es der Senat, den vom Wissenschaftsministerium vorgelegten Entwurf für eine Promotionsordnung im Kurzverfahren zu akzeptieren. Er wurde zur Beratung an den Ausschuß verwiesen. Der Entwurf des Wissenschaftsministers fällt noch hinter die Empfehlungen der WRK zurück.

Rückmeldetermine

2.-6. Februar 76; Ausgabe der Rückmeldeunterlagen, Raum A 108 von 9-12 Uhr - 9.-27. Februar 76; Rückgabe der Unterlagen, Raum A 112 von 9-12 Uhr.

BdWi-Veranstaltung

Fragen blieben offen

Die Diskussionsveranstaltung des BdWi am 26. Januar zwischen Altvater, Huffschild und Katzenstein zum Thema "Ökonomie und Politik im heutigen Kapitalismus" Zur Kontraverse über die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus füllte die Aula bis auf den letzten Platz. In den thesenförmig gehaltenen Einführungen, die, von der Bestimmung des methodologischen Rahmens ausgehend, die Begriffe Monopol, Macht, Staat in den Mittelpunkt stellten, wurde die Themenstellung pointiert herausgearbeitet: Bei grundsätzlicher Übereinstimmung über die Existenz von Monopolen ging es um die Einschätzung der Theorie des Stamokap, insbesondere des Begriffs des Monopols als interpretatorischen Ausgangspunkt einer marxistischen Analyse der gegenwärtigen Entwicklungsstufe des Kapitalverhältnisses und damit auch der daraus abgeleiteten strategisch-taktischen Orientierung politischen Handelns. Als methodisches Vorgehen einer sich als marxistisch verstehenden Erklärung historischer Entwicklungen benannten die Diskutanten das Ansetzen an der kategorialen Entfaltung des Begriffs des "Kapital im Allgemeinen", um über die verschiedenen Konkretionsstufen bis zur Analyse eines bestimmten Stücks Zeitgeschichte vorzustoßen. Demzufolge hätte zunächst eine stringente politökonomische Ableitung des Monopolbegriffs zu erfolgen; es müßte geklärt werden, inwieweit er mit den Bestimmungen des Wertgesetzes vereinbar ist, bzw. in welcher Weise diese modifiziert werden. Es wären also folgende Fragen zu stellen: In welchem Verhältnis steht der

Monopolbegriff zur allgemeinen Konkurrenz als dem Mechanismus der Durchsetzung der inneren Bewegungsgesetze des Kapitals? Was bedeuten die Dominanz des Monopols und die damit gegebenen Möglichkeiten der systematischen Planung und Leitung für den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß, dessen Regulierung nach Marx sowohl hinsichtlich der stofflichen Proportionen als auch in Bezug auf die Verteilung der gesellschaftlichen Gesamtarbeit bekanntlich durch das Einwirken der Einzelkapitale aufeinander zum tendenziellen Ausgleich der Profitrate erfolgt, sich demnach spontan "hinter dem Rücken" der Agierenden vollzieht? Einer abstrakt theoretischen Auseinandersetzung standen jedoch die Interessen der Zuhörer entgegen, die vor allem nach den praktisch-politischen Konsequenzen fragten, die die verschiedenen Positionen implizierten. Theorie, so wurde geltend gemacht, habe sich an der Praxis auszuweisen. Die sich ergebende Diskussion wurde bestimmt und m.E. belastet dadurch, daß die beiden Ebenen - die empirische einerseits, wo auf aktuelle Entwicklungen hingewiesen und mit phänomenologischer Evidenz operiert wurde, und die abstrakt analytische andererseits - nicht klar auseinandergelassen wurden. Die in diesem Rahmen nicht zu leistende Vermittlung führte dazu, daß Altvaters Einschätzung der aus der Theorie des Stamokap resultierenden politischen Praxis nicht hinreichend deutlich wurde. Aber auch von Seiten der Vertreter des Stamokap konnten Fragen nach den sich ergebenden

Uni übernimmt Botanischen Garten

Zu Beginn dieses Jahres ist der Botanische Garten in Oldenburg zur intensiven Nutzung für Wissenschaft und Lehre in die Universität Oldenburg eingegliedert worden. Damit kam die Landesregierung, in deren Besitz sich der von vielen Oldenburger Bürgern gern besuchte Garten befindet, einem entsprechenden Antrag des Senats der Hochschule nach. Schon seit Jahren wird die Anlage für die Lehre im Fach Biologie und früher der PH genutzt und auch von Wissenschaftlern der Hochschule betreut. Jetziger Leiter ist der Botaniker Professor Dr. Wolfgang Eber.

Mit der Übernahme des Gartens erhielt die Universität gleichzeitig ein neues Dienstgebäude am Philosophenweg, das ein jahrzehntelanges Provisorium beendet. Neben angemessenen Arbeitsräumen und hygienischen Einrichtungen für die Belegschaft stehen auch einige Arbeitsplätze für Studenten zur Verfügung. Darüber hinaus soll das neue

Gebäude auch ein im Aufbau befindliches Landesherbar sowie die Regionalstelle für die floristische Kartierung Mitteleuropas aufnehmen. Das neue Dienstgebäude kann auch als erster Schritt in einer Reihe von Ausbaumaßnahmen gesehen werden, die für eine intensive Nutzung des Botanischen Gartens für Lehre und Forschung notwendig werden.

ZETWA -Struktur

Der Senat hat nunmehr endgültig die bereits in der letzten Sitzung behandelte vorläufige Struktur für die Zentrale Einrichtung technisch-wissenschaftlicher Anlagen (ZETWA) verabschiedet. Wie bereits berichtet, sieht diese Struktur eine kollegiale Leitung und die institutionalisierte Mitarbeiterversammlung vor. In dem Vorstand haben die Geschäftsführer nur beratende Stimme. Er setzt sich aus drei Mitarbeitern und drei Benutzern zusammen.

Veränderungen in der Struktur der Arbeiterklasse und nach der Bündnispolitik nicht zufriedenstellend beantwortet werden. Zur eingehenden Beschäftigung mit der Problematik sei nochmals auf den Sonderband 6 des "Argument" hingewiesen. Birgit Heuser

Ossietsky und der spanische Faschismus

Im Januar veranstaltete die Evangelische Studentengemeinde (ESG) Hamburg und der "Carl-von-Ossietsky-Kreis ENGAGIERTE KUNST" in Verbindung mit den Ästen der Universitäten Hamburg und Oldenburg und der ESG Oldenburg das 2. Carl-von-Ossietsky-Seminar. Über 60 Teilnehmer aus der ganzen BRD versammelten sich im Martin-Luther-King-Haus, um über Ossietsky, die Namensgebung in Oldenburg und den antifaschistischen Kampf in Spanien zu diskutieren. Eingeleitet wurde das Seminar durch einen Bericht über die Auseinandersetzung um die Namensgebung für die Universität in Oldenburg sowie zum Stand der Forschung über Ossietsky an der Universität. Während Arie Goral (Kreis ENGAGIERTE KUNST) in einem Referat das Verhältnis der jungen Linken der zwanziger Jahre zur Weltbühne zu bestimmen versuchte, zeigte Professor Dr. Walter Fabian; der Ossietsky aus gemeinsamer Arbeit kannte, die politischen und pazifistischen Strömungen auf, die Ossietsky während seiner vielfältigen journalistischen Tätigkeit beeinflussten und ihn dazu brachten, die Weltbühne zu einem Sprachrohr für Demokratie und Antifaschismus zu machen.

Alfred Kantorowicz und Ernst Buschmann, beide Teilnehmer am spanischen Bürgerkrieg als Interbrigadisten, zeigten in ihren Berichten auf, daß dem Ruf Ossietskys zur Einheit im Kampf gegen den Faschismus im damaligen Spanien Folge geleistet wurde, was allein durch die Zahl von über 5.000 deutschen Interbrigadisten aus den verschiedensten politischen Gruppen, die auf Seiten der Republik kämpften, deutlich geworden sei. Neben Johannes Agnoli, der in seinem Beitrag die Franco-Diktatur genauer analysierte, sprach Juan Gutiérrez von der O.R.T. (eine von Marxisten und linken Katholiken gegründete Partei) über die Geschichte und Funktion der Arbeiterkommissionen in Spanien. Abschließend sei bemerkt, daß mit diesem 2. Carl-von-Ossietsky-Seminar ein ansatzweise gelungener Versuch gemacht wurde, ausgehend von Ossietsky, die Fragen und Probleme im heutigen faschistischen Spanien unter verschiedenen politisch-ideologischen Aspekten zu analysieren. jk

Verfahren gegen Müller eingestellt

Wolfgang Müller, wissenschaftlicher Assistent, wird weiterhin an der Universität Oldenburg lehren können. Wie der Rektor, Professor Dr. Krüger, am Montag bekanntgab, habe er das gegen Müller eingeleitete Disziplinarverfahren eingestellt, da nicht der Nachweis einer konkreten, den Widerruf des Beamtenverhältnisses rechtfertigenden Dienstpflichtverletzung habe erbracht werden können. Bei seiner Entscheidung, so Krüger, habe er sich auf den Untersuchungsbericht des Kanzlers und das Rechtsgutachten der Hochschullehrer Thomas Blanke (Arbeitsrecht) und Dieter Sterzel (Öffentliches Recht) gestützt.

Gegen Müller war Anfang Oktober das Verfahren auf Anweisung des Wissenschaftsministers eingeleitet worden, weil er sich im Weser-Kurier als Spitzenkandidat des Kommunistischen Bundes Westdeutschland für die Bremer Bürgerschaftswahlen angeblich für die Zersetzung des parlamentarischen Systems ausgesprochen hatte.

Müller war daraufhin vom Kanzler als Untersuchungsführer zu diesen Äußerungen und zu einem von ihm verfaßten Papier befragt worden, das kurz vor der Anhörung in der Universität verteilt worden war.

Gerangel um Tutorenstellen

Nach eineinhalbstündigem Gerangel hat der Senat gestern einen Beschluß über die in diesem Jahr zur Verfügung stehenden 163 Tutoren- bzw. wissenschaftlichen-Hilfskraftstellen gefaßt. Danach werden die Fachbereiche über insgesamt 100 Stellen verfügen, die Zentralen Einrichtungen über 63. Die Verträge für diese Stellen werden vom 1. April bis 30. September ausgestellt. Wie bereits berichtet, müssen sich Interessenten auf die Tutorenstellen der Fachbereiche, deren Ausschreibungstexte an den Fachbereichsbrettern und anderen Stellen in der Universität eingesehen werden können, bis zum 6. Februar beworben haben. Das Auswahlverfahren wird zwischen dem 11. bis 14. Februar stattfinden. Anders läuft das Verfahren bei den Zentralen Einrichtungen. Sie werden ihre Stellen nach Bedarf ausschreiben und

im Uni-Info veröffentlichen, wie es die Bibliothek bereits getan hat (s. untenstehende Meldung). gh

WiHi-Stellen

Zum 1.4.1976 hat das Bibliotheks- und Informationssystem alle in seinem Bereich bereitstehenden wissenschaftlichen-Hilfskraftstellen ausgeschrieben. Bewerbungen für die am 1. April beginnende Tätigkeit müssen auf einem bei Frau Wiebe, AVZ 1-362 erhältlichen Formular bis zum 12. Februar 1976 eingereicht werden. *

Das Projekt Haareniederung hat zwei WiHi-Stellen zu besetzen. Qualifikationsvoraussetzung: Erfahrungen mit wasseranalytischen Arbeiten. Dauer der Arbeit: 2 Monate. Bewerbungen bis zum 10. Februar an Prof. Dr. Schuller, AVZ 3-145.

Genehmigung verzögert

Die Satzung der Verfaßten Studentenschaft der Universität wird erst im kommenden Semester in geänderter Fassung dem Ministerium für Wissenschaft und Kunst vorgelegt werden können. Diese zeitliche Verzögerung ergab sich aufgrund der Ablehnung der Satzung durch die UHG- und Teile der LHV-Fraktion. Da das StuPa bei dieser Abstimmung nicht vollzählig war, konnte so die notwendige Zweidrittelmehrheit zur Verabschiedung der Satzung nicht erreicht werden.

Die Änderung der Satzung war erforderlich geworden, nachdem das MiWiKu in einem Brief die Studentenschaft aufgefordert hatte, auf das in der Satzung festgelegte allgemeinpolitische Mandat der Studentenschaft zu verzichten, den Namen Carl-von-Ossietsky-Universität zu vermeiden und einige formale Änderungen vorzunehmen. Zu diesen Forderungen hatte das Präsidium dem StuPa vorgeschlagen, die geforderten forma-

len Änderungen zu übernehmen, die Namensgebungsfrage wie in der Grundordnung der Universität durch eine Präambel zu regeln, am allgemeinpolitischen Mandat der Studentenschaft allerdings entschieden festzuhalten. jk

Freie Studienplätze

Die Universität hat zum Sommersemester 1976 noch acht Studienplätze im Diplom-Studiengang Raumplanung zu vergeben. Voraussetzung für die Bewerbung um einen dieser Studienplätze, die im lokalen Zulassungsverfahren und nicht über die Dortmund ZVS vergeben werden, ist ein Fachhochschulabschluß. Anerkannt werden kann auch das Vordiplom in einem artverwandten Studiengang oder der Abschluß eines Hochschulstudiums, das einen engen Bezug zur Raumplanung hat. Bewerbungsfrist ist der 12. Februar. Sollten mehr Bewerbungen eingehen, als Studienplätze vorhanden, entscheidet das Los. Bewerbungen an das Immatrikulationsamt.

HIFO ausgegliedert

Ohne über den Entwurf der Ad-hoc-Kommission "Hifo-Struktur" abzustimmen, hat der Senat grundsätzlich beschlossen, das hochschulinterne Fernsehen aus dem Bibliotheks- und Informationssystem auszugliedern. Dabei ist aber noch nicht klar, ob das Gremium dem Vorschlag der Ad-hoc-Kommission folgen wird, eine Zentrale Einrichtung medientechnischer Anlagen (ZEMA) zu schaffen, die neben dem hochschulinternen Fernsehen auch das Tonstudio, das Sprachlabor und die künstlerischen Werkstätten unterhalten soll. Die Leitung soll nach Vorstellung der Kommission in Händen eines Wissenschaftlers liegen, der auch gleichzeitig für das hochschulinterne Fernsehen zuständig ist. Die von der Kommission vorgeschlagene Konzeption für eine solche neue Zentrale Einrichtung ist im Senat auf Vorbehalte gestoßen. Kritiker befürchten, daß durch die Verkoppelung von verwaltungstechnischer und gleichzeitig akademischer Leitung eine Einrichtung in der Universität entstehe, die sich zu einem traditionellen Hochschulinstitut entwickeln könne. gh

Uni - Gewerkschaft

Die Friedrich-Ebert-Stiftung veranstaltete am 4. und 5. Februar eine Tagung zum Thema "Hochschule in der Arbeitnehmergewerkschaft", an der als Referenten u.a. SPD-Vorsitzender Willy Brandt, DGB-Vorsitzender Oskar Vetter, Wissenschaftsminister Rhode und der Präsident der WRK, Professor Dr. Werner Knopp teilnahmen. Dabei wurden vornehmlich Fragen der "wechselseitigen Beziehungen zwischen Hochschule und Gewerkschaften in der Bundesrepublik" erörtert. Im Rahmen dieser Veranstaltung stellte Professor Dr. Hartmut Selin die Konzeption des Studienganges Arbeitslehre/Polytechnik der Universität Oldenburg vor.

Gremientermine

14.4.76	Senat
21.4.76	Verwaltungsausschuß und Programmkommission
28.4.76	sonstige Senatsausschüsse und FBR
5.5.76	Senat
12.5.76	Verwaltungsausschuß und Programmkommission
19.5.76	sonstige Senatsausschüsse und FBR
26.5.76	Senat
2.6.76	Verwaltungsausschuß und Programmkommission
16.6.76	sonstige Senatsausschüsse und FBR
23.6.76	Senat
30.6.76	Verwaltungsausschuß und Programmkommission
7.7.76	sonstige Senatsausschüsse und FBR

GEW: Rechtsschutz für arbeitslose Lehrer

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Niedersachsen, wird Hochschulabsolventen, die sich erfolglos um eine Stelle zum 1.2. als Lehrer zur Anstellung bzw. als Referendare beworben haben, Rechtsbeistand bieten.

Wie es in einem Schreiben an die Mitglieder der GEW heißt, will sich die GEW nicht nur im politischen Bereich für die Einstellung aller Lehrer einsetzen, "sondern die betroffenen Kollegen auch juristisch beraten und unterstützen". Zu diesem Zweck verteilt die Lehrer-gewerkschaft an die abgelehnten Bewerber Widerspruchsformulare, mit deren Hilfe eine juristisch fundierte Begründung des Widerspruchs ermöglicht werden soll. Der Vorstand weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß Hochschulabsolventen, die sich an mehrerer Schulen um eine Stelle beworben haben, auch mehrfach Widerspruch einlegen könnten.

In dem Widerspruchsverfahren soll vor allem die Rechtsfrage geklärt werden, ob die Ausbildung der Lehrer z.A. bzw.

der Referendare vom Grundrecht auf freie Wahl der Ausbildungsstätte erfaßt wird. Wenn das zuträfe, so die Gewerkschaft, hätten die erfolglosen Bewerber einen Anspruch auf Einstellung in den Schuldienst, damit sie ihre Ausbildung beenden können. Deshalb empfiehlt auch die Gewerkschaft nachdrücklich, Widerspruch einzulegen, weil die Betroffenen dadurch ihr fortbestehendes Interesse an einer Einstellung in Niedersachsen bekundeten und im Falle nachträglicher Einstellung eher berücksichtigt würden. Von der Reaktion der Einstellungsbehörden will die Gewerkschaft es abhängig machen, ob sie in geeigneten Fällen auch Klage beim Verwaltungsgericht erheben wird. Beobachter erwarten, daß es tatsächlich zu einigen Musterprozessen kommen wird. gh

Einschränkung des BAföG

Nach einer Pressemitteilung des BMW enthält das Haushaltsstrukturgesetz vom 18. Dezember 1975 eine wichtige Änderung der Bestimmungen des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) für die Förderung nach einem Fachrichtungswechsel.

Bisher galt folgende Regelung für die Förderung:

-Die Förderung für eine "andere Ausbildung", also zum Beispiel für den neuen Studiengang, ist nur möglich, wenn dafür ein "wichtiger Grund" anerkannt wird.
-Wird der wichtige Grund anerkannt, dann erhält der Student auch im neuen Fach zunächst "Normalförderung", also Zuschuß mit Grunddarlehens-Anteil.

-Für diese Form der Förderung werden aber die im alten Fach verbrachten Semester mitgezählt, wenn dann mit der Gesamtzahl der Studiensemester im alten und im neuen Fach die Förderungshöchstdauer für das neue Fach erreicht ist, gibt es für die verbleibenden Semester nur noch Darlehen.

Durch das Gesetz ist diese Regelung des BAföG (§ 17 Abs.3 Nr.3) auf die Fälle eingeschränkt worden, in denen der Wechsel innerhalb der ersten beiden Studiensemester erfolgt.

Auch bei einem späteren Wechsel kann, sofern der wichtige Grund anerkannt wird, Ausbildungsförderung geleistet werden - aber dann von vornherein nur noch als Darlehen.

Diese Neuregelung gilt für alle, die die Ausbildung in einer "anderen Fach-

richtung" nach dem 31. März 1976 beginnen. Dieser Stichtag ist also wichtig für Studenten, die sich im Wintersemester 1975/76 im zweiten oder in einem höheren Fachsemester befinden. Falls ein Fachrichtungswechsel vorgenommen wird und dafür ein wichtiger Grund vorliegt, kann nach der günstigeren alten Regelung nur noch Ausbildungsförderung erhalten, wer den Fachrichtungswechsel vor dem Ende des zweiten Semesters und bis zu diesem Stichtag bei den zuständigen Stellen der Ausbildungsstätte vollzogen hat. jk

Veranstaltungs- und Terminkalender

Montag, 9.2.76, D 103, Anhörungen für die A13 Stelle "Mathematik mit dem Schwerpunkt Geschichte der Mathematik" Herbert Breger (10.00 Uhr), Peter Dehnbostel (13.30), Günther Vornholt (14.30), Herbert Mehrstens (15.30), Bernhard Moiske (16.30).

*

Dienstag, 10.2.76, 20 Uhr, Hörsaal F. Gastvortrag von Professor Dr. Hans-Jörg Sandkühler (Uni Bremen) zum Thema "Wissenschaft und Wissenschaftstheorie in den sozialistischen Ländern". Veranstalter: BdWi.

*

Dienstag, 17.2.76, AVZ 3-161, Anhörun-

KLAUS BEILSTEIN ist zum Februar als Leiter der künstlerischen Werkstätten eingestellt worden.

*

RENATE EICHBAUM wurde als Diplom-Bibliothekarin in der Fernleihe (BIS) eingestellt.

*

PROF. DR. JÜRGEN HERZBERGER ist zum ordentlichen Professor für das Fach "Angewandte Mathematik mit dem Schwerpunkt instrumentelle und numerische Mathematik" ernannt worden.

*

PROFESSOR DR. A. HOLTSMANN, Politologe an der Hochschule, wird sich während eines Studienaufenthaltes vom Februar bis April in den USA mit der Curriculum-Entwicklung für den Fächerbereich der Social Studies beschäftigen. Finanziert wird der Studienaufenthalt von der Deutschen Fulbright-Kommission und organisiert vom Office of Education in Washington.

*

DELIA KRAUSE ist als Lektorin für die englische Sprache im FB II eingestellt worden.

*

DR. WOLF SCHMIDT ist zum Wissenschaftlichen Rat und Professor für das Fachgebiet "Didaktik der russischen Sprache und Literatur" ernannt worden.

Diplom - PO

Erneut werden sich die Fachbereiche mit der Rahmendiplomprüfungsordnung befassen müssen, für deren Genehmigung das Wissenschaftsministerium jeweils einen auf die Fachbereiche bezogenen fachspezifischen Teil fordert.

gen für die H4 Stelle "Anorganische Chemie"; Prof. Dr. Frank Bottomley (8.00 Uhr), Dr. Claus Friebel (9.20), Dr. Oswald Gürtler (10.40), Dr. Fritz Preuss (12.00), Dr. Jörn Schmidt (14.00), Prof. Dr. H. tom Diek (15.20), Prof. Dr. Manfred Weidenbruch (16.40).

*

Mittwoch, 18.2.76, AVZ 3-161, Anhörungen für die H4 Stelle "Chemie mit dem Schwerpunkt Theorie und Praxis des Schulunterrichts"; Dr. Reinhard Schneider (8.00 Uhr), Prof. Dr. Helmut Gebelein (9.20), Reinhard Helmers (10.40), Prof. Dr. Walter Jansen (12.00), Dr. Gernot Klemmer (14.00), Dr. Jens Pukies (15.20), Prof. Dr. Hans-Jürgen Schmidt (16.40), Dr. Hatto Seitz (18.00).